

offener Brief

an die Ministerpräsidentin

Thüringens Frau Ch. Lieberknecht

Nach einem verlorenen Jahr durch den Unfall des Ex-MP Althaus und der alten Landesregierung haben wir jetzt eine neue Regierungschefin, Frau Lieberknecht (CDU). Ihr wünsche ich viel Erfolg in krisengeschüttelten Zeiten.

Der Wahlkrimi gehört der Vergangenheit an, sollte aber nicht vergessen werden. Das neue Kabinett steht, mit vielen neuen, bisher unbekanntenen Personen aus den alten Bundesländern. Die Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben in ganz Thüringen hoffen jetzt, dass die neue Regierung und hier besonders durch Frau CH. Lieberknecht (CDU) als Ministerpräsidentin, Dr. J. Schöning (parteilos)/Staatskanzleiminister, Prof. Dr. P. M. Huber (CDU) / Innenminister und J. Geibert / Innen-Staatssekretär und der neu gewählte Leiter des Innenausschusses M. Hey (SPD) sich ernsthaft mit dem Kommunalabgabengesetz beschäftigen und die Herstellungsbeiträge, die unsozial, nicht mehr zeitgemäß sind und Städte und Gemeinden in Thüringen spalten, kurzfristig abschaffen, da das neu kreierte Beitragsbegrenzungsgesetz keine Verbesserung der Abgabepflicht beinhaltet.

Hier könnte besonders der aus München stammende Innenminister Dr. Huber seine Erfahrungen einbringen und allen Bürgern in Thüringen das Recht auf Chancengleichheit nach dem Grundgesetz garantieren. Ich weise nochmals darauf hin, dass 47 Entsorgungsträger für Abwasser, ohne zusätzliche Fördermittel vom Land erhalten zu haben, keine Abwasserherstellungsbeiträge erheben und das ist richtig so. Diese Aufgabenträger haben bewiesen, dass es auch anders geht.

Als Beispiel möchte ich einmal München, die Geburtsstadt von Dr. Huber, erwähnen. In München kosten 1 m³ Wasser 1,48 €, 1 m³ Abwasser 1,56 €, Grundgebühren und Herstellungsbeiträge werden **nicht** erhoben. Im Kreis Gotha werden derzeit für 1 m³ Wasser 2,35 €, für 1 m³ Abwasser 2,30 € zzgl. 156 € Grundgebühr/Jahr erhoben. Für die zu zahlende Grundgebühr könnte ein Haushalt schon rund 66 m³ Frischwasser beziehen. Die unerträglichen Herstellungsbeiträge für Abwasser kommen noch hinzu und bewegen sich teilweise im sechsstelligen Bereich. Viele Bürger sind durch diese Forderungen, die die Bürger seit Jahren nicht zur Ruhe kommen lassen, psychisch krank geworden, ja daran zerbrochen.

So wie die Abwasserbeiträge, müssen auch die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Zu DDR-Zeiten sind die Hauseigentümer verarmt, wurden ausgeplündert, konnten keine Rücklagen bilden, deshalb ist die Erhebung solcher Beiträge für die Bürger der neuen Länder besonders existenzbedrohend.

Erwähnen möchte ich auch die diesbezüglichen Gespräche in der Vergangenheit mit Herrn Matschie (SPD) und Frau Taubert (SPD), die zu keinerlei Einsicht und Unterstützung geführt haben. Beide haben zu keiner Zeit die Sorgen und Nöte der Bürger über die überhöhten Kommunalabgaben ernst genommen und sich für deren Beseitigung eingesetzt. Durch die

Erhebung von Herstellungsbeiträgen für Abwasser wird den Zweckverbänden die Möglichkeit gegeben, Hauseigentümer und Unternehmen nach Gutsherrenart abzuzocken und dies ist Willkür. Transparenz war in der Vergangenheit für die Ver- und Entsorgungsträger Wasser / Abwasser ein Fremdwort, Bilanzen wurden zu keiner Zeit bekannt gemacht. Keine Behörde war bis heute in der Lage, die Zweckverbände tiefgründig auf die Richtigkeit ihrer Kalkulationen zu kontrollieren und wenn wirklich in einem Prüfbericht Verstöße gegen Recht und Gesetz festgestellt wurden, ist eine Kontrolle der Beseitigung derer nicht erfolgt. (Beweis: Bericht des Präsidenten des Thüringer Rechnungshofes vom 05.07.2004 über den Zweckverband Gotha und Landkreismunicipalitäten - deren Aufarbeitung ist bis heute nicht bekannt) Das Abstimmen mit den Füßen auf der Straße muss ein Ende haben.

Deshalb fordern die Bürgerinitiativen Thüringens vom mittlerweile siebten Innenminister nach der Wende schnelles Handeln, damit endlich alle Bürger Thüringens einheitliche Abgabenbedingungen haben und nur über Gebühren nach dem Verursacherprinzip bezahlen müssen.

Die Bürgerallianz als Dachverband aller Bürgerinitiativen Thüringens ist jederzeit zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung bereit und hofft auf erfolgreiche Gespräche..

Horst Reising

BI-Stadtrat Waltershausen

(parteilos)

2009-11-12